



Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 25. Januar 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

M 645 Motion Bärtsch Korintha und Mit. über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur verstärkten Absatzförderung von klima- und umweltverträglichen Landwirtschaftsprodukten anstelle von Fleischwerbung / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Korintha Bärtsch hält an ihrer Motion fest.

Korintha Bärtsch: Die Grünen und Jungen Grünen halten an der Motion fest. Ich weiss, die Politik funktioniert nicht immer rational, politisches Handeln folgt nicht immer entsprechend der Logik von kausalen Ursachen, und auch Sisyphos ist in der Politik kein Unbekannter. Trotzdem bin ich immer wieder überrascht, wenn mir das wieder einmal so klar vor Augen geführt wird. Die hohen Tierbestände verursachen einen grossen Teil der Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft im Kanton Luzern. Das ist bekannt, und der Regierungsrat schreibt das auch im Klimabericht und in den Antworten auf diverse Vorstösse. Die Bauernlobby hört das aber nicht gerne, und so stellen sich der Bauernverband und die bäuerlichen Vertreterinnen und Vertreter in der Politik immer auf den Standpunkt, die Landwirtschaft produziere das, was die Konsumentinnen und Konsumenten nachfragen. Sandra Meyer hat dies vorher auch ausgeführt. Solange klimaschädliche Produkte wie Fleisch nachgefragt und gekauft werden, solange produzieren die Bäuerinnen und Bauern das. Das ist pure Marktlogik in einem hoch subventionierten Markt. Aber nicht nur die Betriebe werden subventioniert, der Bund subventioniert auch den Absatz von Fleisch, und das nicht mit wenig Geld. Jährlich schüttet der Bund 5 Millionen Franken an Steuergeldern in die Fleischwerbung, zum Beispiel zur besten Zeit um 19.30 Uhr vor der «Tagesschau». Die Werbung soll Konsumentinnen und Konsumenten zum Fleischkauf und Fleischessen verführen – 5 Millionen Franken pro Jahr, um die Fleischproduktion anzutreiben. Die Fleischproduktion ist aber klimaschädlich, und der Bund und auch die Kantone setzen sich Klimaziele und Millionen von Franken an Steuergeldern ein, um Treibhausgase zu verringern. Zuerst also wird Geld gesprochen, um klimaschädliches Verhalten aktiv zu fördern, danach werden wieder Steuergelder eingesetzt, um die daraus entstandenen Schäden zu reparieren. Sisyphos lässt grüssen, effizient ist das auch nicht, und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden ziemlich veräppelt. Stellen Sie sich vor, der Bund würde den Einbau von Ölheizungen propagieren. Die Öllobby würde sich die Hände reiben und vielleicht sogar wie in Dubai eine Skihalle finanzieren, denn Schneemangel wird in der Zukunft ein grosses Problem sein. Jährlich würden 5 Millionen Franken eingesetzt, um die Leute zu überzeugen, keine Wärmepumpe zu installieren oder sich nicht an ein Fernwärmenetz anzuschliessen, eine Ölheizung sei viel besser. Vor allem die Heizungen aus der Schweiz seien die besten, egal wenn das Öl aus dem Ausland kommt. Dabei ist es auch wichtig zu berücksichtigen, dass am Ölbusiness Arbeitsplätze hängen, nämlich im Verkauf, in der Wartung und in der Lieferung von Öl. Fänden Sie das

nicht auch ein bisschen schräg? Natürlich kann der Kanton nicht von heute auf morgen die Tierbestände massiv reduzieren, dazu braucht es einen entsprechenden Vorlauf. Es braucht flankierende Massnahmen für die betroffenen Bauernfamilien. Die Thematik auf die lange Bank zu schieben, ist auch nicht die richtige Lösung. Die Anerkennung des Problems ist der erste Schritt hin zur Lösung. Wir verstehen nicht, dass der Regierungsrat die Motion ablehnt, das ist inkonsequent. Es geht nicht darum, den Leuten das Fleischessen zu verbieten, es geht lediglich darum, klimaschädliches Verhalten nicht mit Steuergeldern zu fördern, sondern eine kohärente Klimapolitik zu verfolgen.

Ruedi Amrein: Die FDP lehnt die Motion ab. Erstens hat der Fleischkonsum schon abgenommen, weil die Leute andere Präferenzen haben. Zweitens ist es so, dass die Schweizer Fleischproduktion höhere Auflagen hat und in einem höheren Kostenumfeld tätig sein muss. Daher ist es nachvollziehbar, dass man Werbung für Schweizer Fleisch macht. Man macht nicht Werbung für mehr Fleisch, sondern für Schweizer Fleisch. Man hatte Erfolg damit. Es wurden gewisse aus Sicht der G/JG-Fraktion kleine Umweltziele erreicht. Es wird mehr Fleisch aus der Region gekauft, es muss weniger weit transportiert werden, und man hat es besser unter Kontrolle. Bei der Fleischwerbung hat man aber auch gemerkt, dass man noch mehr machen muss und hat die Werbung gegen Foodwaste und für Saisonalität hineingenommen. Das hilft der Umwelt. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion die Motion ab und möchte keine Kantonsinitiative starten. Ich danke, dass Sie das auch so sehen.

Sara Muff: Wir haben bei der vorherigen Bemerkung über eine Reduktion der Tierbestände gesprochen. Diese werden, wie wir gehört haben, stets an die Nachfrage gekoppelt mit der Begründung, dass man sich am Markt orientieren müsse. Dies ist grundsätzlich eine spannende Aussage, wenn man sie in den Kontext der Subventionen setzt. Das ist aber eine andere Diskussion. Gerade nach der Aussage, dass man sich am Markt orientieren müsse, damit die Importe aus dem Ausland nicht steigen, müsste es selbstverständlich sein, dass klima- und umweltverträgliche Produkte in ihrem Absatz durch gezielte PR-Massnahmen gefördert werden und nicht die Fleischproduktion. Wir hören oft, dass der Selbstversorgungsgrad sinke, wenn sich der Konsum nicht im Gleichschritt ändere. Aber genau darauf zielt die Motion ab. Die Tierdichte in der Schweiz ist beispielhaft hoch. Eine kleine Reise – natürlich im Zug – in unsere Nachbarländer zeigt, dass in Italien, Frankreich oder Österreich nur halb so viele Tiere pro Fläche gehalten werden wie in der Schweiz. Auch in Deutschland ist die Tierdichte um 30 Prozent tiefer als hierzulande. Der Kanton Luzern ist bekannt für seine hohen Tierbestände. Dies hat Auswirkungen auf Klima und Umwelt, wir haben uns hier im Rat schon oft über die negativen Folgen unterhalten. Haben Sie gewusst, dass Kühe das Klima sieben- bis achtmal mehr belasten als Traktoren? Eine namhafte Reduktion der Treibhausgasemissionen kann vor allem durch einen Wandel im Konsum erreicht werden, indem wir deutlich weniger Fleisch essen. Dies soll durch adäquate PR-Massnahmen – so wie in der vorliegenden Motion gefordert – erreicht werden. «Schweizer Fleisch – Das Klima ist nur Beilage», so kommt mir die Diskussion hier im Rat manchmal vor. Die Motion zielt auf das Konsumverhalten der Bevölkerung ab, sie ist also kein Verbot und auch keine Forderung, welche die Importe aus dem Ausland erhöht. Zudem deckt sich die Forderung aus der Motion mit dem Klimabericht, denn darin betont die Regierung, dass zur Zielerreichung in der Landwirtschaft gleichzeitig die Thematisierung des Konsums vorausgesetzt wird. Übrigens: Popeye bekam Superkräfte von Spinat, nicht von Schweizer Fleisch. Wir bitten Sie, der Motion zuzustimmen.

Hanspeter Bucheli: Die Motionärin behauptet in ihrer Begründung, dass mit den Mitteln zur Absatzförderung der Fleischkonsum gesteigert werde. Mit dieser Behauptung sind wir nicht einverstanden, weil sie einfach nicht stimmt. Es geht in erster Linie darum, die Schweizer Produkte gegenüber den Importen und dem Einkaufstourismus hervorzuheben. Der Einkaufstourismus von Lebensmitteln beläuft sich schätzungsweise auf 1 Milliarde Franken, und das zollfrei. Die Schweizer Landwirtschaft steht in direkter Konkurrenz zum Import. Weiter lässt sich die Förderung mit der Grünlandnutzung begründen, welche nur über unsere Nutztiere sinnvoll möglich ist. Nebenbei ist noch anzumerken, dass wir im Jahr 2021

auf offiziellem Weg 94 000 Tonnen Fleisch importiert haben. Ich glaube, wir müssten den Hebel zuerst woanders ansetzen als bei der Tierproduktion in der Schweiz allgemein. Wir fördern also Schweizer Produkte gegenüber den Importen. Aus diesem Grund lehnt die Mitte-Fraktion die Motion einstimmig ab.

Sandra Meyer-Huwyl: Heute fordert man eine Umwidmung der finanziellen Absatzförderung von Fleischwerbung. Was kommt morgen? Es ist schon ein wenig speziell, dass ein gesundes Nahrungsmittel massvoll konsumiert von einem Werbeverbot betroffen sein soll. Manchmal kommt es mir so vor, als würden wir immer mehr in eine Planwirtschaft rutschen mit vielen Verboten und Vorschriften. Jeder soll selbst entscheiden, was er konsumieren will – Eigenverantwortung statt Bevormundung. Auch die SVP-Fraktion wird die Motion ablehnen.

Riccarda Schaller: Kurz zum vorherigen Votum: Ich habe die Motion nicht so verstanden, dass es sich um ein Werbeverbot handelt, sondern es werden die Subventionen des Bundes für diese Werbung infrage gestellt. Die GLP hat dieses Thema diskutiert, und inhaltlich finden wir auch, dass es nicht zweckmässig ist, viel Geld, Ressourcen und Energie zu investieren, um eine Veränderung in der Landwirtschaft zu erwirken, und gleichzeitig viel Geld auszugeben, um die Fleischproduktion vor allem im Ausland zu vermarkten. In diesem Zusammenhang können wir die inhaltliche Ausrichtung der Motion unterstützen, damit wir eine gewisse Kohärenz haben. Wir sind aber innerhalb der GLP-Fraktion nicht einstimmig für die Unterstützung der Motion, und zwar aus einem anderen Grund: Wir haben eher über das Instrument der Kantonsinitiative diskutiert. Ein Teil unserer Fraktion ist der Meinung, dass das nicht der richtige Weg ist, um das Problem zu lösen. Es gäbe wahrscheinlich effizientere Wege dafür, zum Beispiel direkt über das eidgenössische Parlament. Darum haben wir innerhalb der Fraktion Stimmfreigabe beschlossen.

Laura Spring: Ich möchte noch kurz Bezug nehmen auf gewisse Dinge, die hier gesagt wurden. Ruedi Amrein hat gesagt, die Grünen sollten froh sein, denn das Schweizer Fleisch sei ökologischer als das aus dem Ausland. Mit den kurzen Transportwegen sei schon ein Umweltziel erreicht. Ich muss Ruedi Amrein leider enttäuschen, denn die Futtermittel für dieses Fleisch stammen zu grossen Teilen – in vielen Betrieben zu 100 Prozent – aus Übersee direkt von Flächen, auf denen erst gerade noch Regenwald stand und der dafür abgeholzt wurde. Das ist überhaupt nicht ökologisch, und eine solche Art der Produktion sollte wirklich nicht staatlich beworben werden. Ich esse Fleisch, ich trinke Milch, und ich bin mit vielen Landwirtinnen und Landwirten befreundet, die Fleisch- und Milchprodukte produzieren. Auch diese Landwirtinnen und Landwirte sind gegen eine staatlich finanzierte Fleisch- und Milchwerbung, denn diese bewirkt eine Wettbewerbsverzerrung. Die Produzentinnen und Produzenten, die sich wirklich um eine umweltverträgliche und nachhaltige Produktion bemühen, produzieren mit möglichst lokalen Futtermitteln und haben am Schluss ein wirklich ökologischeres Produkt. Proviande und Swissmilk nutzen das Unwissen vieler Konsumentinnen und Konsumenten und lancieren immer wieder Werbungen, die von den Bundesgeldern profitieren, und zeichnen ein Bild der Schweizer Nutztierhaltung, das super ist. Sie nehmen einen Betrieb, der tatsächlich gute Rahmenbedingungen hat, und suggerieren, dass das gesamte Schweizer Fleisch diese Standards erfüllt. Das wurde schon oft von der Lauterkeitskommission kritisiert, und ich denke, dass es gut wäre, hier einen Schritt vorwärts und in Zukunft keine solche Werbung mehr zu machen.

Martin Birrer: Ich möchte eigentlich nichts zur Motion sagen. Ich habe mich in der letzten halben Stunde bewusst zurückgehalten, aber bei dem, was ich jetzt gehört habe, könnte es einem verleiden, Bauer zu sein. Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich am Abend um 18.00 Uhr, wenn der Präsident uns nach Hause lässt, stolz nach Hause gehe und Fleisch produziere. Das Fleisch, das ich produziere, wird mit Inlandfutter hergestellt, und dieses Fleisch ist gut. Ich lasse mir nicht durch den Klimabericht meinen Stolz als Bauer verderben. Ich lade Sie alle ein, bei mir vorbeizukommen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.
Fabian Peter: Die Unterstützung der Absatzförderung von Schweizer

Landwirtschaftsprodukten zielt klar darauf ab, dass mehr Schweizer Produkte gekauft und konsumiert werden. Ein grösserer Fleischkonsum wird nicht angestrebt. Zahlen aus den letzten zehn Jahren zeigen, dass das Ziel erreicht wurde: Bei leicht sinkendem Fleischkonsum hat der Anteil an Schweizer Fleisch deutlich zugenommen. Für die nächste Periode des Umsetzungsprogrammes ist zusätzlich vorgesehen, verstärkt über nachhaltige Produkte und ein nachhaltiges Konsumverhalten zu informieren. Eine Kantonsinitiative für die konkrete Umwidmung der Mittel für die Absatzförderung erachten wir als nicht angebracht und auch nicht als passendes Instrument. Wir beantragen Ihnen, die Motion abzulehnen.

Der Rat lehnt die Motion mit 71 zu 28 Stimmen ab.